

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für **Waldbad**, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis monatl. RM. 1.80, vierteljährl. RM. 5.40.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlanddeutschen Verkehr 5.40.— einschl. Postbestellgeb.
Einzelnummern 7.— RM. u. St. Louis Nr. 50 bei der
Oberamtspostamt Reichenburg, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discountbank, Zweigst. Waldb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren
Raum RM. 18.—, auswärts RM. 20.— u. Nachkollage
jeile RM. 50.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Officien u. bei Ausfertigung werden
jeweils 10 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konturs-
fällen oder wenn gerichtliche Vortreibung notwendig
wird, fällt jede Nachkollage weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gsch in Waldbad.

Nr. 281

Februar 179

Waldbad, Donnerstag, den 30. November 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Wird Amerika etwas für uns tun?

Von Frankreich ist nichts zu erwarten. Beweis: die jüngste Amerikareise Clemenceaus. Würde dieser „alte Tiger“ drüber nichts Geschickteres zu tun, als über Deutschland zu wettern und den Amerikanern vorzuwerfen, sie hätten ihr Versprechen nicht gehalten. Wilson hätte die Franzosen versichert, daß sie eine sichere Grenze, nämlich den Rhein, erhalten sollten. Doch bis heute sei's noch nicht so weit.

Aber die Amerikaner sind nun einmal nicht die Leute, die sich so mit nichts in den Bart tragen lassen. Und so hat der Senator Hitchcock dem französischen Heerapostel die nötige Antwort erteilt. Es gäbe viele unüberwindliche Hindernisse für ein amerikanisches Zusammengehen mit Frankreich, solange dieses bei seiner heutigen Politik gegenüber Deutschland bleibe. Er hege keinen Haß gegen Frankreich, und keine übermäßige Liebe zu Deutschland, was er sage, beruhe jedoch auf der Hoffnung, daß Frankreich eines Tags seinen Irrtum erkennen werde. Das größte Hindernis, das zwischen Amerika und Frankreich bestehe, sei, daß Frankreich hartnäckig von Deutschland Unmögliches in der Wiedergutmachungsfrage verlange und daß es hierin der öffentlichen Meinung der Welt troze. Frankreich möchte lieber, daß Deutschland nicht zahlen könne, als daß es wirtschaftlich stark genug werde, um Zahlungen leisten zu können. Damit treibe Frankreich Deutschland in die Enge und in den Krieg. Es sei der denkbar größte Unsinn, zu behaupten, daß Deutschland die ungeheuren Wiedergutmachungsforderungen bezahlen könne. Er wies hin auf die herausfordernde, widerrechtliche Besetzung rheinischer Städte durch französische Truppen. Amerika könne eine Nation, die hartnäckig bei einer militärischen Politik bleibe, keine moralische Unterstützung nicht gewähren. Clemenceau wolle einen bewaffneten Frieden, der ihm dazu dienen sollte, Deutschland zu zerstören und es dem militärischen Frankreich auf Gnade oder Ungnade auszuliefern.

Vortrefflich. Kein deutscher Staatsmann hätte das wahre Wesen der französischen Politik treffender zeichnen können. Die Franzosen werden schon aufhören, wenn sie das lesen. Und Clemenceau vollends! „Hättest du doch den Mund gehalten, dann wärest du ein Philosoph geblieben.“ Hitchcocks Rede war wie ein kalter Wasserstrahl auf die wilden Hitzköpfe von der französischen Regierung. Sie werden eine Zeitlang genug haben.

Aber wenn nur Amerika mit diesen sehr vernünftigen Grundsätzen einmal vollen Ernst machen wollte! Was hat es doch an Deutschland gesündigt! Von dem Augenblick ab, wo es auf unsere Beschwerde gleich zu Kriegsbegriff jene unverschämte Antwort gab, bis zu dem Tag wo Wilson mit seinen Spießgesellen den Raubvertrag von Versailles aus, mit der Pistole vor der Brust, präsentierte! Ja, dieser Wilson! Wie schmählich hat er uns belogen und betrogen! Wir sollen die Höhengöllern fortjagen und uns seinen vierzehn Punkten unterwerfen, dann werde alles wieder gut. Wir haben es vertrauensvoll und — das Ende des Viehs so gräßlich, so grausam, so entehrend, daß keine Worte unserer namenlosen Jammer zu beschreiben und zu fassen vermögen.

Amerika hatte den Vorteil vom Krieg, der uns zugrunde gerichtet hat. Von den 32 Milliarden des Goldes der ganzen Welt hat es 18 in seiner Tasche, so daß sich der Dollar an Stelle des englischen Pfunds den Wechselkurs in der Welt bestimmt. Wir sitzen im tiefsten Elend, ein großes Volk von 60 Millionen, und dies, nicht zuletzt, durch die Schuld Wilsons, der entweder krank oder ein Schurke war.

Wahrhaftig, Amerika hat eine Riesenschuld an uns wider gutzumachen. Wann wird es geschehen? Wir haben uns das erstemal an Wilson gewandt. Statt Brot hat er uns Steine gegeben.

Wir sind das zweitemal in den Tagen des Londoner Ultimatus durch unseren Außenminister Dr. Simons wieder an Amerika herangetreten, um seine Fürsprache in der Entschädigungsfrage zu erlangen. Sein neuer Präsident Harding zeigte uns die kalte Schulter.

Wir warteten und warteten auf den Frieden mit der Union. Endlich, endlich brachte die Entschädigung Knox-Porter im Herbst 1921 den längst erwarteten deutsch-amerikanischen Friedensvertrag. Kurz darauf hielt der für Deutschland neuernannte amerikanische Botschafter Hough-

Tagespiegel.

In Athen wurden sechs Minister und Generale, die für den verlorenen Krieg in Kleinasien verantwortlich sein sollen, vom Revolutionstribunal zum Tode verurteilt und erschossen. England hat deshalb die diplomatischen Beziehungen zu Griechenland abgebrochen. Amerika wird Einspruch erheben.

Der neue französische Raubplan auf das deutsche Rheinland und Ruhrgebiet ist ernst zu nehmen und zugleich als Schreckschuß für die Alliierten berechnet, namentlich für die Orientkonferenz-Verhandlungen.

Poincare soll sich nach London begeben, um mit Bonar Law Besprechungen über die Brüsseler Konferenz zu halten. Dabei soll die französische Pfänderpolitik wohl durchgesetzt werden. Nach einer anderen Meinung soll die Vorkonferenz am 8. Dezember in Paris stattfinden.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags tritt am Donnerstag zusammen, um die politische Lage zu besprechen.

ton seine Programmrede. Sie war wirklich schön, nach Form und Inhalt. Da hieß es u. a.: Wir selbst können als Nation nicht glücklich und zufrieden sein, solange unsere Mitbürger deutscher Abstammung nicht glücklich und durch das Gefühl der Ungerechtigkeit erbittert sind.

Aber die ersehnte Hilfe ist nicht eingetroffen. Die Bankier- oder Morgankonferenz in Paris konnte sich nicht zu einer Anleihe an Deutschland entschließen. Und ein Frank Banderlip meinte bei einem Besuch in München, erst müßten die Deutschen sich selber helfen und die ihnen aufgebürdete Kriegsschuld abwerfen, bevor Amerika etwas für sie tun könne.

Und Amerika muß etwas tun. Da hilft alles nichts. Ohne seine Unterstützung, erklärte unser Reichstanzler Dr. Cuno im Regierungsprogramm, sei eine Lösung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nicht denkbar. — Das ist so!

Wir stehen vor Brüssel, vorausgesetzt, daß die Konferenz zustande kommt. In Brüssel muß Amerika reden, ein deutsches Wort, genau so deutlich, wie Senator Hitchcock. Im andern Fall bleibt alles beim Alten. Denn nur vor Amerika, dem Frankreich einzig und allein seine Rettung verdankt, und dem es heute noch Milliarden Dollar schuldet, nur vor Amerika hat Frankreich noch Respekt. W. H.

Stabilisierung

Das Arbeitsprogramm

Ein an maßgebender Stelle unterrichteter parlamentarischer Mitarbeiter schreibt mir: Die achtstägige Pause der Reichstagsverhandlungen bis zum 4. Dezember will dem neuen Kabinett Gelegenheit zum „Einarbeiten“ geben. Reichstanzler Cuno hat sich entschlossen, von dieser Wochenfrist auch nicht eine Stunde zu verlieren, und es ist kein leeres Gerücht, wenn in der Öffentlichkeit und an der Börse so pessimistisch denkenden (und deshalb haussierenden) Kreise behauptet wird, der erste Schritt der Regierung werde der Festigung der Mark gelten. Diese Aufgabe ist das Kernstück der Birch-Note vom 13. November und das Hauptstück des Ministeriums Cuno. Der leidige Parteienzank will das nicht wahr haben. Es heißt, zwischen Dr. Cuno und dem neuen Wirtschaftsminister Becker-Hessen beständen gerade im Punkt der Währungsfrage bedenkliche Meinungsverschiedenheiten. Dr. Becker neigt der Auffassung des Hrn. Stinnes zu, der die sofortige und rein finanztechnische Festigung der Mark für nutzlos und gefährlich halte. Wir wollen den alten Streit nicht wieder aufleben. Durch die Veröffentlichung der bewußten Stinnesrede ist doch deutlich genug klar geworden, was Stinnes meinte. Ueberdies ist die oben erwähnte Angriffsmaßnahme der Festigung als Programmpunkt zwischen den neuen Ministern festgelegt. Dr. Becker hat wie alle seine Kollegen, dem Plan vorbehaltlich zugestimmt. Vom Finanzminister Dr. Hermes weiß man, daß er persönlich die Ansichten des neuen Kanzlers durchaus teilt. Das Kabinett Cuno ist über die Notwendigkeit rascher Festigung vollständig einig.

Trotzdem muß zur Vermeidung von Mißverständnissen folgendes festgestellt werden: Die internationale Festigung der Mark kann nicht über Nacht, durch kein deutsches Ge-

setz heute auf morgen erfolgen. Ohne die verlangten Zugeständnisse der Verbündeten ist dies Unternehmen unmöglich. Aber womit die Regierung Cuno vorangehen will, das sind die inneren Maßnahmen, die den Finanzschlag vorbereiten sollen. Dr. Cuno hat ja in seiner Antrittsrede am Freitag voriger Woche selbst erklärt, daß die Hingabe des deutschen Goldes „ein schweres Opfer ist, das nutzlos verfallen, die Vernichtung der deutschen Währung besiegeln würde.“ Also auch an das Goldopfer wird erst dann gedacht, wenn die eingeleiteten inneren Maßnahmen in Verbindung mit den ausländischen Zusagen einen Erfolg versprechen. Welches sind nun die inneren Maßnahmen? Die Regierung will anknüpfen an die neuen Nachtragsforderungen zum Reichshaushalt mit seinem allerdings erschreckenden Ueberschuß von 890 Milliarden Mark. Dieser Fehlbetrag hat, als er im Reichsrat bekannt gegeben wurde, an der Börse zu einer neuen Flucht aus der Mark geführt, und zwar ging sie wieder einmal von Berlin aus, nicht von Neuyork, wo man erstlich gewillt war, den Dollar auf der Durchschnittshöhe der letzten Woche zu halten. Die Berliner Spekulation startete nur auf die Ziffer des neuen Fehlbetrags, ohne auf die von der Regierung angeforderten Schritte zu achten. Die Regierung ist trotz der gewaltigen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, überzeugt, daß das Gleichgewicht im Reichshaushalt hergestellt werden kann. Dies soll geschehen durch unerbittlich vorzunehmende Ersparnisse, durch Abbau der Behörden, durch Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten in den verbleibenden Verwaltungen. Mit Hilfe der einzig gehenden Privatwirtschaft soll die Arbeitsleistung jedes deutschen Berufstätigen gehoben und der Arbeitsstunden tag, ohne ihn grundtätig anzustrengen, „veredelt“ werden. Die drückende Steuerlast soll nicht durch Erlassen neuer Steuern oder durch schematische Erhöhungen vermehrt werden, aber die läunigen Steuerzahler sollen künftig keinen Vorteil aus der Geldentwertung mehr ziehen. Dies geschieht bis zur eigentlichen Festigung durch Einführung einer Entwerungsbestimmung, mit der sich das Reichsfinanzministerium bereits beschäftigt. Die Deviseneinbindung der soliden Kaufmannswelt wird gestärkt, die Devisenspekulation wirksamer als bisher bekämpft. Dies die inneren Maßnahmen. Zu den äußeren Seiten die Verhandlungen über die Besatzungskosten im Rheinland über. Sie führen voraussichtlich zu einem deutschen Programm für die Brüsseler Finanzkonferenz. Darüber wird man noch in dieser Woche weiteres hören. —

Die österreichische Notenpresse hat Ruh

Am 18. November ist in Auswirkung der Genfer Verhandlungen zwischen der österreichischen Regierung und dem Völkerverbund-Ausschuß die Stilllegung der österreichischen Notenpresse für staatsliche Zwecke vereinbart worden. Der staatsliche Fehlbetrag wird nunmehr bis zum Ende des Jahres 1924 aus den versprochenen Garantiedebiten gedeckt werden, und bis zu jenem Zeitpunkt soll der Staatshaushalt in solche Ordnung gebracht sein, daß eine Erneuerung der ansehnlichen Notenfabrikation, die nunmehr acht Jahre lang gewährt hat, ausgeschlossen ist. Nach dem neuen Notenbankgesetz dürfen nur mehr so wie früher und wie in allen Staaten von der neuen Notenbank Banknoten gegen Warenwechsel ausgegeben werden. Das Notenbankgesetz ist vielleicht nur in einer Beziehung nicht ganz so gut, als es hätte werden sollen, weil die Einschränkung gemacht wurde, daß Wechsel von kaufmännisch betriebenen und von der öffentlichen Verwaltung abgesehen selbstständig geführten Unternehmungen des Staats, der Lande und Gemeinden gleichfalls benützt werden können. Die Befürchtung ist nicht grundlos, daß die unter dem Sozialisierungsgesetz in sogenannte gemeinwirtschaftliche übergeführten oberhalb freibereitenden staatslichen Betriebe auf diese Weise noch eine Zeitlang vor dem unvermeidlichen Zusammenbruch bewahrt werden sollen.

Die von der Einstellung der Notenpresse erhoffte Festigung der Krone, ja die wahrscheinliche Steigerung des äußeren Werts hängt nunmehr davon ab, daß das zwischen Regierung und Völkerverbund-Ausschuß vereinbarte Programm, dessen Ausführung bekanntlich von einem neutralen Generalkommissar überwacht werden soll, Geseh wird und restlos durchgeführt werden kann. Schon seit Wochen war die Krone eine bemerkenswerte Festigkeit auf. Trotzdem die Regierung in dieser Zeit seit dem Abschluß der Genfer Verhandlungen Milliarden über Milliarden aus der Notenpresse zog, ist von dieser riesigen Notenausgabe die Wertfestigung der Krone auf den Auslandsplätzen nicht im mindesten berührt worden. Auch der entsetzliche Marksturz seit Anfang September — obwohl sonst die Krone von jeder Abwärtsbewegung der Mark mitgerissen worden ist — hatte

auch nicht einen einzigen Tag Einfluß auf die für Wien maßgebende Züricher Notierung. Die wohlthätigen Folgen im Innern bestehen in einer anhaltenden Senkung aller Preise. Diese nunmehr schon seit zwei Monaten fortschreitende Verbilligung der notwendigen Bedarfsartikel — nach vollen acht Jahren unausgesetzter Preissteigerung! — hat auch die Arbeiterschaft zu Lohnerniedrigungen bereit gemacht. In der mächtigsten österreichischen Industrie, in der Textilbranche, kam zwischen Industriellenverband und Metallarbeiterverband eine Vereinbarung über einen zehn- bis fünfzehnprozentigen Lohnabbau zustande. Ähnliche Verhandlungen werden in den anderen Industrien angestrebt. Die Verbilligung der industriellen Herstellungskosten ist freilich noch nicht einschneidend genug, um die Folgen des Marksturzes auszugleichen, die sich in einer Unterbietung der österreichischen Preise um 50 bis 75 Prozent erkennen lassen. Das Deutsche Reich hat die Stelle Oesterreichs eingenommen und Oesterreich ist ein mittelalterliches Land geworden. Der ausländische Einkäufer fragt aber nur nach dem billigsten Preis. So ist es fast über Nacht gekommen, daß das vordem von Fremden überfüllte Wien verödet ist, die Balkan-Kaufleute und Siedler reisen nach Berlin und nach den anderen deutschen Großstädten ab, die Wien-Berlinerzüge müssen wegen des großen Andranges in zwei Garnituren geführt werden. Die Abfahrtsstrecke, die um Mitte September laufe fähig zu werden begann, nötigt überall zu Betriebsbeschränkungen, die Zahl der Arbeitslosen wächst unheimlich an, selbst Preisherabsetzungen unter die Herstellungskosten verzögern nur, aber verhindern nicht den Umfang der anwachsenden Konkurs-Listen.

Der im Senatsprogramm beschlossene Abbau der Zahl der Staatsangestellten um zehn Prozent bis Ende dieses Jahres (insgesamt um 40 Prozent bis Ende 1924) wirft in den nächsten sechs Wochen weitere 25 000 Menschen auf die Straße, denen die (allerdings reichlich gewährten) Abfindungen, solange die Stagnation andauert, kaum eine Brücke in andere Wirkungskreise bauen werden. Es wird ein furchtbarer Winter werden, der eht anhebt.

Die rasche Verschlechterung der industriellen Verhältnisse hat allenthalben zu der Erkenntnis geführt, daß der Uebergang Oesterreichs von der Inflation zu normalen Zuständen mit ausländischer finanzieller Hilfe leichter bewerkstelligt werden kann, als wenn die österreichische Bevölkerung nur auf die im großen vierjährigen Ausverkauf ziemlich verfestigten heimischen Hilfsquellen angewiesen wäre. Diese Auslandshilfe ist nur unter der Erzduldung strenger Verbrauchskontrolle erlangbar gewesen. Die Regierung macht jetzt den Vorschlag der Bildung eines aus allen drei Parteien nach ihrer Größe zusammengesetzten zwanzigköpfigen Staatsrats, der während der zweijährigen Ausschaltung des Nationalrats die Ausführung des vom Nationalrat in den nächsten Tagen zu beschließenden Gesetzes über den Wiederaufbau überwachen und dessen Ausnützung durch Regierungswillkür zu verhindern hätte. Das in dieser Richtung liegende Wiederaufbaugesetz ist vom Nationalrat mit 98 gegen 61 Stimmen endgültig angenommen worden.

Ein Vorschlag für amerikanische Hungerhilfe

Am 9. November legte das Kongreßmitglied Dr. Richard Bartholdt aus St. Louis in einem Vortrag vor dem Deutschen Verband in Chicago den Plan vor, sofort dem am 20. November zusammentretenden Kongreß (Abgeordnetenhaus) den Antrag zu unterbreiten, den europäischen Mittelmächten ein Darlehen von 50 Millionen Dollar für den Ankauf von Lebensmitteln zu gewähren, „damit verhütet werde, daß im kommenden Winter nicht Hunderttausende, sondern Millionen von Unschuldigen dem Hunger und der Kälte zum Opfer fallen“. Bartholdt sagte u. a., an der Hungerblockade nach dem Friedensschluß habe auch Amerika teilgenommen, und Amerika sollte sehr willens sein, die bis auf den heutigen Tag anhaltenden schrecklichen Folgen nach Kräften gutzumachen. Als der amerikanische Kongreß im Januar 1919 beschloß, den darbenenden Völkern Europas Rohungsmittel im Betrag von 100 Millionen Dollar zuzuführen, habe der Senator Lodge einen Antrag durchgesetzt, daß Deutschland und seinen hungernden Frauen und Kindern nicht ein Dollar zukomme! Es sei eine stillschweigende Pflicht des amerikanischen Volkes, das Unrecht wieder gutzumachen, das es begangen habe, als es duldete, daß die Verheerungen der vier-

zehn Punkte Wilsons nicht gehalten wurden. „Auch will ich zugeben“, sagte er, „daß Wilson wenigstens den Versuch gemacht hat, seinen berühmten vierzehn Punkten Geltung zu verschaffen; aber dies spricht uns nicht frei von Verantwortung, denn die Unterschrift des Präsidiums wurde im Namen des amerikanischen Volkes gegeben, und zudem hat der Bundesrat den Versailler Vertrag in seinen wesentlichen Punkten, wenn auch ohne die Botschaftsklausel, gutgeheißen.“

Die Versammlung nahm den Vorschlag Bartholdts mit großer Begeisterung auf und beschloß, ihn schon am ersten Tage der Kongreßsitzung einzubringen. Die Angehörigen beider Häuser sollen mit Bittschriften aus dem ganzen Lande beauftragt werden, und die Werbung für das Hilfswerk soll sich auch auf die Angehörigen anderer Nationen erstrecken. Bartholdt suchte die Meinung zu zerstreuen, Bittschriften hätten keinen Erfolg, indem er auf seinen eigenen Antrag aus dem Jahr 1915 verwies, der darin ging, den Wissenschaftler zu verbieten, Er habe die Erfahrung gemacht, daß die ungeheure Menge der Bittschriften die Kongreßleute derart beeinflusst habe, daß der Antrag zweifelslos mit großer Mehrheit im Hause durchgegangen wäre, wenn nicht Wilson der demokratischen Mehrheit den Befehl gegeben hätte, den Antrag überhaupt nicht zur Abstimmung zu bringen! Diese schöne Tat des Herrn Wilson, die wieder einen höchst wertvollen Beitrag zum Kapitel der Kriegsschuld liefert, wird hier der staunenden Welt zum ersten Mal bekanntgegeben. Herrn Dr. Bartholdt gebührt für diese Enthüllung ein besonderer Dank. Hoffentlich hat er mit seiner großherzigen Anregung den Erfolg, den er davon erwartet. Und hoffentlich wird durch diese Teilhilfe nicht die große Hilfe verzögert, die wir nun einmal eines Tags von Amerika mit erwarten müssen, wenn Europa wieder auf die Beine gestellt werden soll.

Zur Schuldfrage

„Doumergue (Franz. Ministerpräsident) meint, daß ihm sehr leicht sein werde, überzeugende Argumente zugunsten dieses Gedankens anzuführen, weil es ganz augenscheinlich ist, daß — da Frankreich besondere militärisch-maritime Vereinbarungen mit Rußland und England habe — dieses System durch entsprechende Vereinbarungen zwischen Rußland und England ergänzt werden müsse. Doumergue glaubt, daß das russisch-englische Abkommen die Form eines Marineabkommens annehmen müßte und daß dabei vielleicht technische Beratungen zwischen den drei Admiralsstäben erforderlich sein würden.“

(Jswolski, russischer Vorkonsul in Paris, am 9. April 1914 nach Petersburg; v. Sebent, S. 888.)

Neue Nachrichten

Erhöhung der Zwangsanleihe

Berlin, 29. Nov. Das Reichskabinett hat einem Bescheid zugestimmt nach dem die Zwangsanleihe in ihrem Ertrag der neuen Geldwertung angepaßt werden soll. Die Zwangsanleihe soll einen Gesamtertrag von einer Milliarde Goldmark erbringen. Sein Ertrag wurde der Gegenwart in Papiermark auf 74 Milliarden festgesetzt, der aber inzwischen durch die Geldwertung weit überholt ist. Der Anleihebetrug soll nun so nach oben verändert werden, daß auch bei fallendem Marktwert die Goldmilliarde herauskommt. Der Bescheidwurf soll sofort dem Reichsrat zugehen.

Die Finanzüberwachung beginnt

Berlin, 29. Nov. Nach der D. Tel.-Ag. hat die Pariser Entschädigungskommission gegen die Geldunterstützung für die deutsche Handelsflotte durch das Reich in einer Note an die Reichsregierung Einspruch erhoben.

Gegen das Nebermoh von Tanz und Alkohol

Berlin, 29. Nov. Dem Reichstag geht demnächst ein Bescheidwurf zu, der den Polizeibehörden der Gemeinden eine größere Machtbefugnis zur Eindämmung der Vergnügungen in den Bars und Lustlokalen und der Tanzbelustigungen einräumt. Letztere sollen nur noch an Sonn- und Feiertagen, den zweiten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfesttagen und in kleineren Städten an Kirme- und Karnevalstagen, in den Großstädten höchstens einmal in der Woche gestattet sein. Kommt es in den Lokalen wiederholt infolge des Alkohols zu

hätte vergessen, daß er der geringste Knecht im Orte war — so mächtig wirkte seine Persönlichkeit! Ein Glückshunger war in ihr, der all ihren Stolz überbäubte — was war denn Rang und Stand, wenn das Herz leer blieb!

Dieser fremde Mann da vor ihr, von dem sie nichts wußte, als daß er lebte, daß er da war — der war ihr Schicksal, der hatte es verstanden, ihre schlummernde Sehnsucht zu wecken, daß sie nimmer Ruhe fand; sie suchte sie niederzwingen — doch vergebens — sie ging mit ihr und qualte sie bis zur Unerträglichkeit! Allerlei abenteuerliche Gedanken lebten in ihr, daß sie, die nichterne, selbstsichere Erdmutter, sich nicht wiedererkannte, daß sie sich eine Löwin, eine Räuberin schalt — doch alles war vergebens — müde vom Kämpfen war sie geworden — und wartete auf ihr Schicksal — und das hieß Karl Günther!

„Warum ich fort muß, Baronesse?“ wiederholte er ihre Frage.

Sie nickte — „ich möchte es wohl wissen!“ und sah ihn mit klaren Augen unverwandt an.

Schwer atmete der Mann. Und dann dachte er — wenn du ihre den Grund sagtest — würde sie, die Stolze da nicht ihren Hund auf sie hegen für deine Verneinung, daß du gewagt, deine Augen zu ihr zu erheben? Und dennoch, trotz allem, hatte er wohl das Recht dazu —!

Nun, wenn sie fragte, so dringend fragte — dann wollte er es ihr auch sagen, daß sie die Schuld daran trug, wenn er wieder heimtat und ruhelos wurde!

Er sah sie an mit seinem rätselhaften dunklen Blick, daß sie darunter erschauerte.

Wie ihre Süße ihn überwältigte! Das schmale, schöne Gesicht, von den goldbraunen Haarwellen umhüllt, der feine, tropfende Mund — wie berauschend mußte es sein, ihn zu küssen!

„Haben Baronesse wirklich so viel Interesse an dem Gesicht eines einfachen, unkoordinierten Mannes?“ fragte er mit bebender Stimme.

Ausbreitungen, so soll die Polizei ermächtigt sein, gegen diejenigen vorzugehen, die die Bällerei dulden.

Zunahme der Erwerbslosigkeit

Berlin, 29. Nov. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich ist vom 1. Oktober bis 1. November 1922 von 16 300 auf 23 900 gestiegen.

Landesausschuhwahlen in Birkensfeld

Petersheim, 29. Nov. Bei den Wahlen zum Landesausschuh in Birkensfeld wurden gewählt: Vereinigte bürgerliche Parteien 8, Bauernbund 7, Sozialdemokraten 6, Zentrum 3, Kommunisten 1.

Ausbreitungen französischer Soldaten

Mainz, 29. Nov. Drei französische Soldaten, denen in einer Wirtschaft nach 9 Uhr abends kein Bier mehr verabreicht worden war, zertrümmerten aus Wut an einem Straßenbahnwagen die Fenster Scheiben und schlugen einen Straßenbahnkassierer, daß er 38 Tage arbeitsunfähig war. Das französische Kriegsgericht verurteilte den Hauptschuldigen zu 6 Monaten, die beiden anderen zu je 1 Monat Gefängnis.

Die beiden marokkanischen Schützen, die im St. d. S. als ihnen in einer Wirtschaft in Sassenheim um 11 Uhr abends Bier verweigert worden war, nahezu eine Stunde die Wirtschaft beschossen und dabei einen Schreiner tödlich verletzten wurden zum Tode verurteilt.

Frankreichs Antwort auf die deutsche Darlegung der Wirtschaftslage

Paris, 29. Nov. Havas veröffentlicht eine halbamtliche Erklärung gegen die deutsche Nichtigerklärung der verschiedenen Behauptungen Poincarés in der französischen Kammer. Die Zahl der Beamten und Angestellten bei der Reichseisenbahn haben 1913 740 502 betragen, am 1. April 1922 aber rund 1 020 000, bei der Post 247 174 gegen 319 250. Diese Beispiele genügen, um die Nichtigkeit der deutschen Nichtigerklärung zu beweisen. Deutschland erhöhe die Beamtengehälter ohne Erhöhung der Steuern. Die Zurückhaltung von Löhnen und Gehältern (Einkommensteuer) habe vom Monat April bis September 26 977 Millionen Mark eingebracht, aber um die entgangene Einkommensteuer zu finden, müsse man feststellen, daß der Eingang außer den 10 Prozent von Löhnen usw. in anderen Einkommensarten sich insgesamt nur auf 20 360 Millionen Mark belaufe. Die Angaben über Ein- und Ausfuhr seien durchaus unzuverlässig. Die bisher von Deutschland gemachten Zahlungen und sonstigen Leistungen aller Art seien nicht auf 41, sondern höchstens auf 8 Milliarden Goldmark zu bewerten.

Die Besatzungskosten

London, 29. Nov. Nach einer amtlichen Mitteilung im Unterhaus standen am 1. November 552 Offiziere und 8138 Mann englischer Truppen im besetzten Gebiet. Die Kosten betragen bis 31. Juli 1922 54,7 Millionen Pfund (nach heutigem Kurs wären das über 2 Billionen Mark).

Im amerikanischen Senat erklärte Hitchcock, die Unterbringung von braunen Marokkanern und Algeriern in deutschen Häusern sei ebenso verwerflich wie die von schwarzen Negern. Den deutschen Zeitungen im besetzten Gebiet werde verboten, über die Verbrechen der Farbigen an deutschen Frauen zu berichten. Clemenceau scheint sich damit herausgeredet zu haben, daß er behauptete, es seien nur Algerier und Marokkaner im besetzten Gebiet, keine Schwarzen. Die Senegalneger sind nämlich, wie immer seit vier Jahren zu Beginn des Winters, in wärmere Winterquartiere in Nordfrankreich und Kleinasien bzw. Trazien gelegt worden. Bezeichnend ist übrigens, daß auf einem Kongreß von Vertretern der französischen Regierung der dringende Rat gegeben wurde, die farbigen Truppen in Frankreich streng abzusondern, da sie die Wurmkrantheit und andere schöne Dinge verbreiten. Auf deutschem Boden hat das ja allerdings nichts zu sagen. D. Schr.)

Das englische Ausnahmestremdengesetz fällt

London, 29. Nov. „Daily Express“ erfährt, die britische Regierung habe nicht die Absicht, das Ausländergesetz Abf. 10 vom Jahr 1919, das am 23. Dezember abläuft, zu erneuern. Abf. 10 bestimmt, daß kein Ausländer aus einem früher feindlichen Staat während des Zeitraums von 3 Jahren nach Annahme des Gesetzes im Vereinigten Königreich ohne die besondere Erlaubnis des Staatssekretärs, die nur aus beson-

Sie erwiderte groß und voll seinen Blick.

„Ja, Herr Günther, denn Sie haben für das Vaterland gekämpft und geblutet! Der Dank gegen die Frontkrieger ist leider in den schwierigen Zeitläufen sehr mager ausgefallen! Aber mein Vater und ich möchten nicht zu den Unbankbaren gehören; wir möchten allen Gutes erweisen!“

Ein bitteres Lächeln verzog seinen Mund. Darum also nur — ein allgemein menschliches, aber kein persönliches Interesse an ihm!

Nun wollte er dennoch sprechen! Sie sollte es wissen, was sie ihm getan! Wer weiß, ob sie sich je wiedersehen würden! Und eine dumpfe Reugier war in ihm, zu erfahren, wie sie sein Bekenntnis aufnehmen würde.

„Baronesse möchten allen Gutes tun!“ sagte er langsam; „ich weiß es — und dennoch haben Sie einem sehr wehe getan —“

„Ihnen, Herr Günther?“ fragte sie verwundert.

Er bejahte stumm.

„Nun, wiefern denn, Herr Günther? Es tut mir aufrichtig leid, doch ich bin mir nicht bewußt, daß ich Sie gekränkt habe — — mit Absicht ist es gewiß nicht geschehen!“

„Sie haben mich nicht gekränkt, Baronesse, doch Sie sind die Ursache, daß ich fort muß —“ sagte Karl Günther ruhig und mit unbeschreiblicher Traurigkeit.

Sie sprang auf — „ich —?“

„Ja, Baronesse, Sie —! Ihrewegen gehe ich!“

Und wieder sah er sie so eigen an. Da begriff sie, die Sprache dieser ausdrucksvollen Mämierraugen konnte sie nicht mißverstehen!

Das also war es!

Sie hatte es ja geahnt, gefühlt — aber aus seinem eigenen Munde hatte sie es hören wollen! Nun wußte sie es, daß der heißgeliebte Mann sie wiederlebte.

Fortsetzung folgt.

Was mein einft war.

Roman von Fr. Lehne.

55.

(Nachdruck verboten.)

Kaum hatte Erdmutter diese Worte gesprochen, so waren sie ihr leid; sie fühlte, wie sie rot wurde aus Scham über sich selbst, daß sie sich so weit vergessen, mit einem Knecht über dessen private Angelegenheiten zu sprechen! Doch der Trieb, diese Frage zu tun, war mächtiger gewesen als alles andere!

„Mein, Baronesse! Er ist nicht ausschlaggebend, wenn auch mitbestimmend!“

„Parrer Herbst wird mit ihrem Fortgehen nicht einverstanden sein! Er schätzt Sie sehr, weil er in Ihnen einen wirklichen Freund gefunden, wie er sagte, und Parrer Herbst ist ja sehr sparsam mit diesem Wort —“

„Die Meinung des Herrn Parrer ehrt mich und freut mich, Baronesse, und ich bin ihm für seine große Güte gegen mich sehr dankbar — er ist mir in schwerer Zeit viel gewesen — und dennoch — ich kann nicht bleiben!“

„Warum nicht, Herr Günther? Wieder ins Ungewisse hinaus? Warum wollen Sie fort? Draußen in der Welt ist es jetzt gar nicht schön.“

Sie sah auf dem Baumstamm, die schlanken weißen Hände um das Knie geschlungen. Nachdenklich richtete ihr Blick auf seinem ersten blauen Gesicht, auf dem es in mühsam unterdrückter Qual zuckte.

Still war es um sie her, wie auf einer einsamen Insel lebend kam sie sich vor! Alles so unwillkürlich — sie hier mit ihm allein — — in seine Hand, in seine Macht gegeben!

Unwillkürlich kam ihr der Gedanke — — in seine Macht gegeben!

„Ach, sie war ja längst seiner Macht verfallen! Und sie wußte genau, wenn er sie jetzt in seine Arme gerissen und geküßt hätte, sie würde sich nicht gewehrt haben! Sie

deren Gründen zu gewähren ist, landen darf. Der Aufenthalt darf 3 Monate nicht überschreiten. — Dagegen bleibt die Berechnung bestehen, daß solche Ausländer sich sofort bei der Polizei melden und einen Paß mit Lichtbild führen, sowie jede Wohnungsänderung sofort anzeigen müssen. Sie bleiben also unter polizeilicher Ueberwachung.

In London weiß man von nichts

London, 29. Nov. Auf eine Anfrage erklärte Bonar Law im Unterhaus, er habe keine Nachrichten erhalten, die ihn zu der Erklärung ermächtigen, daß die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen wollen. Als Bedgewood fragte, ob in diesem Fall die britische Regierung vorher (von Paris) unterrichtet würde, antwortete Bonar Law: „Natürlich!“

Die Pariser Presse billigt die Absichten der französischen Regierung gegen Deutschland fast einstimmig. „Anteilhaft“ bedauert, daß vor der Beratung die Verbündeten nicht verständigt worden seien.

Von der Friedenskonferenz

Lausanne, 29. Nov. Im Wirtschafts- und Finanzausschuß erklärte Ismed Pascha, die Türkei verlange von Griechenland eine Kriegsgeschädigung von einer Milliarde Dollar u. a. für die Vermüthung Kleinasiens und die Massenabflachtungen der türkischen Bevölkerung. Sodann nahm die Konferenz die türkische Staatsschuld in Beratung, deren Gesamthöhe auf 150 Millionen türkische Pfund angegeben wird. Die türkischen Sachverständigen erklären, 80 Millionen müssen von den früher zum türkischen Reich gehörigen Balkanstaaten oder andere frühere Reichsteile wie Syrien, Mesopotamien, Hedchas und Palästina übernommen werden, außerdem seien die Anseihen der Städte Bagdad und Konstantinopel sowie der Bagdadbahn, die England in Besitz genommen habe, von der ottomanischen Schuld abgezogen werden.

Paris, 29. Nov. Poincaré wird heute nach Lausanne reisen. Es wird behauptet, England habe bereits zugesichert, daß Frankreich in seinem Vorgehen gegen Deutschland völlig freie Hand haben werde. — Mussolini wird in Lausanne erwartet.

Der politische Mord in Athen

Athen, 29. Nov. Unter der Anklage, die Niederlage des griechischen Heeres in Kleinasien verschuldet zu haben, sind folgende Minister und Generale des Königs Konstantin von dem venizelistisch-militärradikalen Kriegsgericht zum Tod verurteilt und erschossen worden: Ministerpräsident Gannaris und die Minister Stratos, Protapapadatos, Theodorakis, Baltazzi und General Hadjiametis. Da das Urteil ein offener politischer Mord ist, hat der britische Gesandte in Athen, Vindley, dagegen Widerspruch erhoben, und als es democh vollstreckt wurde, auf Befehl seiner Regierung Athen verlassen. Er reiste nach Lausanne ab, um Lord Curzon Bericht zu erstatten.

Die Nachricht vom Mord hat auf der Friedenskonferenz größtes Aufsehen erregt, und man befürchtet eine weitere Verschärfung der ohnehin gespannten Lage auf der Friedenskonferenz. Venizelos weigert sich, sich über die Vorgänge in Athen auszusprechen.

Württemberg

Stuttgart, 29. Nov. Wagenstandgeld. Die vorübergehende Erhöhung der Wagenstandgebühren für frische Äpfel und frische Birnen im Bezirk der Reichsbahndirektion Stuttgart tritt mit Ablauf des Monats November außer Kraft.

Tamm, Olt. Ludwigsburg, 29. Nov. Todesprung. Am Dienstagabend benützte der in Kornwestheim arbeitende Hilfsarbeiter Kurz zur Heimfahrt vom Kornwestheimer Rangierbahnhof einen Güterzug, der fahrplanmäßig in Tamm nicht anhält, in der Absicht, bei der Durchfahrt vom Zug abzuspringen. Obwohl der Zugführer von dem gefährlichen Vorhaben dringend abriet, sprang Kurz doch mitten in der Fahrt ab. Er kam unter die Räder und wurde vollständig zermalmt.

Mühlacker, 29. Nov. Tot aufgefunden. Sonntag früh wurde auf dem Bahndamm gegen Mühlacker ein etwa zwanzigjähriges unbekanntes Mädchen mit abgefahretem Bein tot aufgefunden.

Diesbach, Olt. Maulbronn, 29. Nov. Selbstmord. Am Samstag hat sich hier ein Mühlbacher Bürsche aus Jalesweiler durch Erhängen das Leben genommen.

Urach, 29. Nov. Häusliche Nothilfe. Der Bezirkswohlfahrtsverein beabsichtigt, eine weibliche Kraft anzustellen, die im Falle des plötzlichen Auscheidens der Hausfrau infolge Krankheit oder dergl. einige Zeit lang einspringen soll, um den lebenswichtigsten Betrieb, die Familie und den Haushalt über Wasser zu halten. Diese Nothilfe würde aber nur Familien zugute, die über kein Dienstmädchen verfügen. Sie würde vom Verein angestellt und bezahlt; für die Zeit ihrer Hilfeleistung muß sie von der betreffenden Familie verpflegt und wohnöglich bezahlt werden.

Württembergischer Landtag

160. Sitzung

Stuttgart, 29. November.

Nach sechswöchiger Pause trat der Landtag am Dienstag wieder zusammen zu einer einzigen Sitzung. Lebhaftes Interesse erregten die Mittelungen der Abgeordneten Karl Trause und H. Maier (Komm.), daß sie aus der kommunistischen Partei ausgetreten seien und sich der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei angeschlossen haben. Der Antrag der Kommunisten, die Zugehörigkeit dieser Abgeordneten zum Landtag aufzuheben, wird an den Geschäftsordnungs-ausschuß verwiesen.

Nach Beantwortung dreier kleiner Anfragen tritt das Haus in die Beratung des Gesetzentwurfes über die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes für 1922 ein und nimmt ihn in allen drei Lesungen an. Im Entschluß werden dann die drei Polizeigesetze erledigt. Abg. Stetter (Komm.) spricht gegen den Regierungsparlamentarismus und das sprichende System in Württemberg. Die Anschuldigungen werden vom Minister Graf zurückgewiesen. Wenn die jetzige Ordnung nichts weiter leistet hätte, als daß die Kommunisten in Württemberg und Baden kaum mehr 8000 Mitglieder zählen, so wäre das schon ein hinreichendes Verdienst.

Das Schutzpolizeigesetz wird einstimmig in den Polizeiausschuß geschickt, der Gesetzentwurf zur Aenderung des Polizeiverwaltungs-gesetzes und der Nachtrag zum Etat des Innern betreffend Neuordnung des Polizeiwesens in den Finanzausschuß.

Das von dem Abg. B. Zille gegen sich selbst verlangte Disziplinarverfahren in Sachen der Anschuldigungen seitens

des Abg. Keil im Reichstag wird gemäß dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses genehmigt. Dagegen stimmen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten. — Nächste Sitzung Mitte Dezember.

Das neue württ. Gemeindegewahlgesetz

II.

Dem veränderten Gemeindegewahlgesetz hat das Ministerium des Innern sofort die Vollzugsvorschriften folgen lassen. Genaue Vorschriften sind für Form und Inhalt der Wählerliste gegeben. In diese sind nicht aufzunehmene Personen, deren Wahlrecht ruht oder die an der Ausübung des Wahlrechts behindert sind. Zu den „Soldaten“ im Sinne des württ. Gemeindegewahlgesetzes zählen die Mannschaften, Unteroffiziere, Deckoffiziere sowie die Offiziere einschließlich der Sanitäts-, Veterinär-, Feuerwerks- und Zeugoffiziere des Reichsheeres und der Reichsmarine; die Militärbeamten gehören nicht zu den Soldaten der Wehrmacht. In großen und mittleren Städten kann durch Gemeindevorstandsbeschluß die Entscheidung über Einprägen der Mannschaften übertragen werden. Außerdem kann in diesen Städten der Gemeinderat den mit der Entgegennahme von Einprägen beauftragten Beamten ermächtigen, Einprägen, die ohne weiteres für begründet zu erachten sind, durch entsprechende Aenderung der Wählerliste zu erledigen. Mit der Bekanntmachung über die Aufhebung der Wählerliste für die Zeitgemeinderatswahlen ist gleichzeitig die Bekanntmachung des Wahltags und die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zu verbinden. Diese Bekanntmachung hat spätestens innerhalb zwei Wochen nach der Wahl des Gemeindevorstandes und spätestens drei Wochen vor dem Wahltag zu erfolgen. Die Wahl selbst kann im Laufe der Monate Januar und Februar vorgenommen werden. Bei Ortsvorsteherwahlen in Gemeinden 2. und 3. Klasse kommt, falls der Gemeinderat einen Samstag als Wahltag festsetzt, die Bestimmung des Kalendertags für die Wahl dem Vorstand des Ortes zu. Neu ist die Bestimmung, daß die Wählerliste in Heftform oder in Kartiform angelegt werden kann; sie heißt dann im ersten Falle „Wählerliste“, im letzteren „Wahlkartei“. Wird bei Wahlen (ausgenommen die Wahlen in großen Städten) nur ein Wahlvorschlag eingereicht, so sind als Bewerber im Sinne des Wahlgesetzes Art. 78 auch sog. „Wilde“, d. h. Personen, die nicht auf dem bekanntgegebenen Wahlvorschlag stehen, anzusehen. Ihre Person muß aus dem Stimmzettel unzweifelhaft zu erkennen sein, der bloße Familienname genügt hier nicht. Die den „Wilden“ zugesprochenen Stimmen werden für jeden gesondert vermerkt und gezählt. Bewerber, die nicht auf dem bekannt gemachten Wahlvorschlag stehen, werden jeder für sich als besonderer Wahlvorschlag aufgeführt.

Notiales.

Wiltbad, den 30. Nov. 1922.

Die neuen Eisenbahnfahrtpreise. Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab werden die Fahrpreise nach folgenden Einheitsätzen berechnet: Für das Kilometer 4. Klasse 4 Mark, 3. Kl. 6 Mark, 2. Kl. 12 Mark, 1. Kl. 24 Mark. Die Fahrpreise bis 100 Mark werden auf 2 Mark, über 100 Mark bis 500 Mark auf 10 Mark, über 500 bis 1000 Mark auf 20 Mark, über 1000 bis 2000 Mark auf 50 Mark und über 2000 Mark auf 100 Mark abgerundet. Ein Schnellzugzuschlag werden in der Zone I (1—75 Kilometer), Zone II (76—150 Kilometer), Zone III (über 150 Kilometer) erhoben für die 3. Klasse 100, 200 und 300 Mark, für die 2. Klasse 200, 400 und 600 Mark, für die 1. Klasse 400, 800 und 1200 Mark. Die Gepäckfracht wird von demselben Tag ab auf 1 Mark (bisher 40 Pfennige) für je 10 Kg. und 1 Kilometer erhöht. Die Mindestfracht wird auf 100 Mark (bisher 40 Mark) festgesetzt. Der Expressguttarif entspricht dem jeweils um 60 o. h. erhöhten Eilguttarif. Vom 1. Januar 1923 ab werden die Fahrarten nach Reichsbahnstationen anstatt des Fahrpreises nur die Kilometerzahl entrichtet.

Die neuen Postgebühren. In der Sitzung des Verkehrsbeirats im Reichspostministerium am 28. November schlug der neue Minister eine Erhöhung der Postgebühren um etwa das Doppelte vor. Für Briefe sollen die Gebühren je nach Gewicht betragen: im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 Mark, 20 bis 100 Gramm 15 Mark, 100 bis 250 Gramm 25 Mark, im weiteren Verkehr 25, 35 und 45 Mark. Postkarten im Ortsverkehr 5 Mark, im weiteren Verkehr 15 Mark; Pakete bis 5 Kilo in der Nahzone (bis 75 Km.) 125 Mark, Fernzone 250 Mark, Pakete von 5 bis 10 Kilo für jedes Kilo Mehrgewicht in der Nahzone 25 Mark, 10 bis 20 Kilo 60 Mark, in der Fernzone 50 bzw. 120 Mark. Die Postanweisungsgeldgebühr soll verdoppelt werden, der niedrigste Satz gilt aber bis zu Einzahlungen von 100 Mark (bisher 50 Mark). Postanweisungen sollen künftig bis zur Summe von 20 000 Mark zulässig sein. Die Postschengebühren werden verdoppelt. Die Grundgebühr für jedes Telegramm soll 50 Mark, die Wortgebühr 20 Mark betragen. Bei den Fernsprechgeldern sollen die Grundgebühren für die Hauptanschlüsse unverändert bleiben, die Ortsgesprächszuschläge dagegen auf den doppelten, diejenigen für Ferngespräche auf den zweieinhalbfachen Betrag erhöht werden.

In der Sitzung erklärte Reichspostminister Stin gl., die Gebührenerhöhungen seien ihm zuwider, doch lassen sie sich von Zeit zu Zeit nicht vermeiden. Er nahm das Postpersonal gegen Vorwürfe, die vielfach erhoben werden, in Schutz: Fleue und Arbeitswille seien noch nicht ausgestorben. Wo die frühere Ordnung und Unterordnung gelockert sein sollte, werde er nötigenfalls mit harter Hand zupacken. Es sei zu bedauern, daß so wenig bayerische und württembergische höhere Beamte im Reichspostministerium vertreten seien.

Der Fehlbetrag der Reichspostverwaltung beträgt 4 1/2 Milliarden 75 Milliarden Mark und wird für 1923 auf rund 200 Milliarden Mark veranschlagt. Eine Ausgleichung dieses Fehlbetrags wird auch durch diese neue Gebührenerhöhung weit nicht erreicht. Die Begründung deutet an, daß am 15. Januar eine weitere Gebührenerhöhung auf der Grundlage einer Gebühr von 50 Mark für einen einfachen Fernbrief eintreten wird.

Neue Briefmarken zu 200, 300, 400, 500 und 1000 Mark werden demnächst ausgegeben werden. Die Marken zu 200 bis 400 Mark sollen noch in diesem Monat fertig werden. Gleichzeitig wird eine ganze Reihe von Marken von den Postanstalten zurückgezogen werden, so die Marken zu 15, 30, 40, 60, 80, 120 und 160 Pfennig, die Nationalversammlungsmarken u. a.

ep. Bilder häuslicher Not. Eine 31jährige Witwe, sehr gebredlich, bejorgt notwendig den Haushalt, damit ihre 45jährige ledige Tochter den Lebensunterhalt der beiden in einem Geschäft verdienen kann, wo sie infolge ihrer durch ein schweres inneres Leiden sehr herabgesetzten Leistungsfähigkeit nicht tarifmäßig bezahlt wird. Mutter und Tochter sind

infolge jahrelanger Unterernährung mangelnd; es wär für sie ein wahres Fest, als ihnen neulich ihr Pfarrer aus einer Spende ein Pfund weißes Mehl zukommen lassen konnte. — Ein in harter Arbeit und äußerster Sparamkeit alt gemordenes Ehepaar ist durch die furchtbare Geldentwertung um seinen letzten Sparpennig gekommen. Hilflos sitzen sie in der kaum geheizten Stube, die Frau rückenmarkleidend, der Mann erblindet; die erwachsene Tochter kann nur einen Teil des Tags dem Verdienst nachgeben. Mit Geld ist wenig ausgerichtet; aber wie viel wäre solchen Notleidenden geholfen, wenn man ihnen ein paar Zentner Kartoffeln und ein Quantum Mehl zustellen könnte!

Die teuerste Stadt in Württemberg ist nach den Mittelungen des Württemb. Stat. Landesamts auch diesmal wieder Schwemingen mit einer Leuerungszahl von 20 074 Mark für Oktober. Dann folgen Laupheim mit 19 530, Stuttgart mit 19 444, Feuerbach mit 19 424, Reutlingen mit 19 385, Zuffenhausen mit 19 280, Eßlingen mit 19 157, Reutlingen mit 18 969, Eßlingen mit 18 968, Dürrenz-Mühlacker mit 18 806 und Sulgau mit 18 747. Die billigste Stadt ist Kirchheim u. T., die nur 14 328 Mark für den Oktober erforderte. Die zweitbilligste Stadt ist Ulm mit 15 102 Mark, dann folgen Kottbus mit 15 178 Mark und Schorndorf mit 15 169 Mark.

Die Kartoffelernte in Württemberg wird zwischen 100 und 380 Zentner auf den Hektar im Neckarkreis geschätzt, zwischen 100 und 450 Zentner im Schwarzwaldkreis, zwischen 120 und 425 Zentner im Jagstkreis und zwischen 90 und 260 Zentner im Donautreis. Der Durchschnitt beträgt 243,4 bzw. 253,6 bzw. 249,2 bzw. 192,8 Zentner. Der Landesdurchschnitt stellt sich um fast ein Fünftel höher als im trockenen Vorjahr. Die Zuckerrübenenernte überträgt die vorjährige um ein Fünftel bis ein Viertel. Schätzungswerte dieser die heutige Kartoffelernte 18 189 680 Zentner (1921 14 490 326), Zuckerrüben 3 065 016 Zentner (2 150 700), Kautschirüben 20 907 820 Zentner (16 076 850).

Mindestpreise für Zigaretten. Das Zigarettenartefel setzte die Mindestpreise wie folgt fest: für Strangzigaretten auf 30 Mark, desgleichen unter 400 Gramm Tabakgewicht auf 14 Mark, für Hochmundstückzigaretten bis 450 Gramm auf 14 Mark, für desgleichen über 450 bis 700 Gramm auf 18 Mark und für desgleichen über 700 Gramm auf 50 Mark.

Allerlei

Die Schneefälle am 28. November waren fast über ganz Deutschland verbreitet. Im Osten waren die Schneefälle so stark, daß z. B. in Oberschlesien Lokomotiven mit Schneepflügen erst Bahn brechen mußten. Warme Luftströmungen haben indessen eine rasche Schneeschmelze gebracht, die zu gefährlichem Hochwasser führen dürfte.

Die Quader haben beschlossen, täglich 1000 Kinder in Halle a. Saale zu speisen.

Schweitung. Frau Emma Lang in Reutort hat zur Ermerkung an ihre aus Ludolfsstadt stammende Mutter für die Waisenkinder in Ludolfsstadt 3 Millionen Mark gespendet.

Porzellanpreise. In einer Versteigerung von alten Kunstgegenständen in Köln wurden für Porzellansachen aus dem 18. Jahrhundert bezahlt: zwei Figuren der Porzellanmannsfabrik Juida (Kavaller und Dame musizierend) 7 600 000 Mark, Ludwigsburger Gruppe (Schokoladefabrikanten) 720 000 Mark, Meißner Dame (1750) 220 000 Mark, zwei Thüringer Figuren 320 000 Mark.

Wahlzettel der — Sportvereine. Die Stuttgarter Turn- und Sportvereine haben für die Gemeindegewahl eine eigene Liste aufgestellt.

Die deutsche Kolonie in Holland hat ein großzügiges Hilfsunternehmen für den notleidenden Winterstand in Deutschland, worüber die holländischen Blätter lange Berichte veröffentlichten, in die Wege geleitet. Den Anfang machte der deutsche Verein von Rotterdam, der in den Sälen seines Vereinshauses in der Witte de Withstraat zu dem genannten Zwecke einen Wohltätigkeitsbazar und Weihnachts-Ausstellung veranstaltet. Die feierliche Eröffnung fand im Beisein des Rotterdamer Bürgermeisters Herrn Zimmermann, des deutschen Gesandten Herrn von Lucius und des deutschen Konsuls Herrn von Hahn statt. Die Ausstellung, deren einzelne Gegenstände durchwegs verkäuflich sind, stellt eine gelungene Musterkammer des deutschen Kunstgewerbes dar. Man sieht Wiedergaben bekannter Bildwerke, die Erzeugnisse namhafter deutscher Porzellanfabriken, die neuesten Erzeugnisse der deutschen Spielwaren-Industrie und die sehr interessanten und wertvollen Ergebnisse der deutschen Heim-Industrie für Spitzenerzeugung. So erregen die ausgestellten Sachen der von der Fürstin von Pleß gegründeten Spitzenschule großes Aufsehen. Die Einnahmen sollen an zehn deutsche Städte verteilt werden.

Steuer für Barbesucher. Der Stadtrat von Jena hat, da die Schlemmersteuer nicht durchführbar ist, ein Ortsgesetz beschlossen, wonach der Besuch der Bars, Döhlen und ähnlicher Burgenlokale besteuert wird. Jeder Besucher eines solchen Lokals hat den Wert von fünf Glas Bier als Steuer zu zahlen. Für die Steuer hostet der Lokalbesitzer oder Pächter. Der Ertrag der Steuer ist zur Verbilligung der Milch für Minderbemittelte bestimmt.

Der Goldzahn als Verräter. In Jmelbrücken (Pfalz) wurden vor einigen Tagen die Frau und die Tochter des französischen Bezirkskommandeurs, Oberstleutnant Desfort, abends von vier Marokkanern überfallen. Die Frau hatte sich aus den greifenden Gesichtern der menschlichen Bestien bemerkt, daß einer einen Goldzahn hatte. Am andern Tag mußte die ganze braune Horde mit geöffnetem Mund antreten und der Goldzahnhaber war bald gefunden. Obgleich die Besatzungsbehörde den nicht uninteressanten Vorfall vertuschen wollte, wurde er alsbald in der geplagten Stadt mit der bekanntesten echtensten aller Freuden besprochen.

Deutschfeindlichkeit in Italien. Sämtliche italienischen Hafenbehörden sind, wie der „Hamburger Börsenhalles“ von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, vom italienischen Ministerium angewiesen worden, künftig den deutschen Schiffen nicht nur das Jahresabonnement auf die in italienischen Häfen üblichen Tonnagegebühren zu verweigern, sondern die doppelte Monatsrate von den deutschen Schiffen zu erheben. — Daß Mussolini seine Liebedienerei um Frankreich so weit ausdehnen würde, hätte man nicht erwarten sollen. Aber freilich, was tun gewisse Leute nicht alles um des Rammons willen!

Umlage im Todesfall. Auf Anregung des Ortsgeistlichen zahlt in Niebüll (Schleswig) die Gemeinde neuerdings bei jedem Todesfall zu den Begräbniskosten einen Beitrag von 6000 Mark für Erwachsene und 3000 Mark für Kinder. Das Geld wird durch eine auf alle Gemeindeglieder verteilte Umlage aufgebracht.

Niedriger hängen. Der Düsseldorfener Maler Adolf Harski, Führer der neuzeitlichen Künstlergruppe „Das junge Rheinland“, hat zu der Ausstellung der genannten Gruppe ein von ihm in Aquarell gemaltes Bild geliefert, das er „Bildnis eines Generals“ nennt. Dieser General soll

Jedermann kann Mitglied im Cons.-Verein werden!

Feldmarschall von Hindenburg kein. Das Geschäft ist absehlich zur Vorkriegszeit entfällt, fast unendlich, daß Hinzuzufügen über die Kopie der Worte Schrift: „Teutobold Graf von und zu Rothholz-Trottelhausen Graf.“ — In welchem andern Land der Welt würde ein solches Vorkommnis möglich sein?

Kartoffelkrankheit. Ein Kaufmann in Saarbrücken hat 32 Eisenbahnwagen Kartoffeln, die für das Saargebiet bestimmt waren, nach Metz in Lothringen verschoben. Zwei Wagen konnten noch abgefahren werden. Der Kaufmann ist verhaftet.

Polst des Nordpolarschiffers Amundsen wurde an der Küste zwischen Alaska und Sibirien (Nordibirien) gefunden. Auch andere Gegenstände des vermissten Nordpolzugs fanden sich vor.

Diebstahl. In einer Tuchfabrik in Lauingen wurde Talandwolle im Wert von 1 070 000 Mark gestohlen. Aus den gleichen Räumen war vor einigen Wochen amerikanische Wolle im Wert von vier Millionen Mark entwendet worden.

Frostwarnung für den Verkauf von Lebensmitteln. Die Badische Landeswetterwarte teilt unter dem 27. November d. J. mit, daß in ganz Deutschland Frost eingetreten ist, im Nordlande bis zu 4 Grad, und in den höheren Lagen bis zu 8 und 9 Grad. Für die nächsten Tage muß mit zunehmender Frostgefahr gerechnet werden.

Der Verkaufspreis für Umlageweizen. Der Preis für ausländischen Weizen, der der Berechnung des Geldjahres bei nicht rechtzeitiger Erfüllung der Getreideumlage zum Liefertermin 31. Oktober 1922 zugrunde zu legen ist, wird im Einverständnis mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft auf Grund der Weltmarktpreise für Weizen vom Präsidenten der Reichsgetreidefelle auf 250 000 M für 1000 Kilogramm festgesetzt.

Obst und Kartoffeln von der neuen Gütertarifierhöhung nicht betroffen. Die zum 1. Dezember d. J. eintretende Erhöhung der Gütertarife bezieht sich nicht auf Kartoffeln und Obst. Hierfür bleiben die bisherigen Sätze weiter in Kraft. Zur Schonung des Exportguttarifs wird ferner das Mindestgewicht von 10 auf 5 Kilo herabgesetzt. Im übrigen ist mit Rücksicht auf die starken Tarifserhöhungen der letzten Monate in einem Unterausschuß der künftigen Tarifkommission eine Aenderung der Güterklassifikation beraten worden, die die Verbilligung der Frachten für eine Anzahl von Gütern, insbesondere für Lebensmittel, und die Ermäßigung der Stück- und Eilgutfrachten bezweckt. Die Zeit des Inkrafttretens dieser Maßnahmen, die noch mit Vertretungsversammlungen beraten werden, steht noch nicht fest.

Consumvereins-Mitglied, kaufen vorteilhaft nur im eig. Geschäft.

Letzte Nachrichten.

Die Brüsseler Konferenz

Paris, 29. Nov. Wie verlautet, wird Roineard nach London reisen, um mit Bonar Law über die Konferenz von Brüssel, die England hinauschieben möchte, zu verhandeln. Der Brotpreis wird wahrscheinlich auf 140 Mark für den Laib Markbrod festgelegt werden.

Stuttgart, 29. Nov. Vom Landtag. Abg. Resper (Soz.) hat im Landtag eine Anfrage eingebracht, daß nach seiner Behauptung in hiesigen Banken rechtskräftig und ohne Entschädigung viele Ueberstunden von den Angestellten verlangt werden.

Endersbach, 29. Nov. Die diamantene Hochzeit feierten am letzten Sonntag die Weingärtner Wilhelm Heubach'schen Eheleute. Der Mann ist 88, die Frau 81 Jahre alt.

Heilbronn, 29. Nov. Erschossen aufgefunden. In der Nähe des Schweinsbergturmes wurde im Waldesdickicht die Leiche des seit Ende August vermissten Mittelschullehrers Burkert mit einem Kopfschuß aufgefunden. Häusliche Zwistigkeiten sollen den Bedauernswerten in den Tod getrieben haben.

Ueberzeugen Sie sich

daß Sie noch vorteilhaft ab Lager sämtliche Baumstoffe beziehen können von



Birkenfelder Baumaterialien-Großhdlg.
Inh.: W. Hildenbrand, Birkenfeld, Tel. 16.
Filiale: Wildbad, Telefon 18.

Handelsnachrichten

Dollar Kurs am 29. Nov.: 5395.00 (8790.00).
1 Pfund Sterling 38 104.50, 100 holl. Gulden 333 663.—, 100 Schweizer Franken 135 111.—, 100 franz. Franken 57 005.—, 100 ital. Lire 39 151.—, 100 österr. Kr. 1132, 100 tschech. Kronen 25 037.—, 100 polnische Mark 47.—.
Kauffunde bei Halle. Auf dem Welt-M in G e z e h e n bei Halle hat man Kaolin (Porzellanerde) in großer Menge gefunden. Die Stadt Halle hat 200 000 Mark für Bohrungen bewilligt. Wenn die Größe der Kaolinlager festgelegt sein wird, wird voraussichtlich die Ausnutzung verpacktet werden.
Erhöhung des Weizenpreises. Die Südd. Mühlenvereinigung erhöhte für heute den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 weiter von 49 000 auf 53 000 M für die 100 Kg. Die zweite Hand war 2000—3000 M billiger im Angebot. Das Geschäft ist ruhig, da die Zurückhaltung beider Seiten nach wie vor anhält. Die Umsätze waren gering.
Schreibmaschinenpreise. Der Verband deutscher Schreibmaschinenfabriken setzte seine Verkaufspreise mit sofortiger Wirkung herab; der Preis für eine reguläre Bürostschreibmaschine beträgt jetzt rund 184 000 Mark.
Die Aktienbrauerei Wölfe Stuttgart wird eine Dividende von

Consumvereinsmitgl. legen ihre Spargelder nur im Cons.-Ver. an.

24 v. J. vorstellten, im Vorjahre wurden aus 771 167 M. Reingewinn 12 v. J. Dividende auf 8 Mill. Mk. verteilt. Das Aktienkapital beläuft sich jetzt auf 6 Mill. Mk. Stamm- und 0,5 Mill. Mark 6 v. J. Vorkassanten.

Die Jute- und Flechtwaren in Amerika unbefriedigend ausgefallen. Auf den englischen Märkten zogen die Preise an, da die Spinnereien sich einzudecken suchten. Die Zufuhren nach Deutschland waren in letzter Zeit verhältnismäßig gering, die Lagerbestände im Hamburg sind gleichfalls sehr schwach. Der Preis für ein Kilo Jutegewebe betrug durchschnittlich etwa 2000 Mark.

Stuttgarter Börse, 29. Nov. Die fest. Stimmung, welche bereits an der vorgelagerten Börse zum Durchbruch gekommen war, setzte sich heute weiter fort. Es lagen wieder umfangreiche Kaufaufträge vor bei sehr geringem Angebot; die Kurse zogen infolgedessen stark an und wiesen mehrere beträchtliche Erhöhungen auf. Man war den ganzen Tag über fest und bleibt bis zum Schluß in fester Haltung. — Bankaktien: Vereinsbank 1100 (1000), Notenbank 3100 (3000), Hypothekendarb 340, Bankaktien 800. — Brauereiwerte: Ravensburg 500, Pfauen 580, Schlinger 570 (550), Hohenzollern 1200 (1100), Walle 1000 (800). — Metallaktien Feinmechanik 13 500 (10 000), Hobner 5500 (4800) rat., Jungbans 2000 (2200) rat., Metallwaren 12 000 (10 000). — Maschinenwerte: Daimler 2120 (2000), Schillingen 3949 (3450), Selter 2800 (2250) rat., Weingärten 4200 (3500), Neckarhülmer 4100 (3200). — Spinnereiwerte: Erlangen 5200 (4000), Unterhausen 8000 (6500), Pletzlheim 8000 (6500), Kolb-Schüle 5700 (5000), Kuchen 10 000 (6000), Filz 5000 (4100), Kottan 5000, Eisenindustrie 7000. — Sonstige Werte: Anilin 800 (8200), Heidelberger Zement 4500, Köln-Raffinöl 5000 (4900), Renmm 1240 (1100), Schwabach Heilbronn 7800, Sekt Wachenheim 3500 (3100), Stuttgarter Zucker 6200 (5800), Mannheimer Del 4500 (3800), Transport 1000, Ziegelwerke 3500 (3300).

Württembergische Vereinsbank
Kompletter Voller- und Köfchöfe. Voller durchschn. 1181.78 (Vorwoche 961.25) M, Umsatz 47 816 (46 008) Pfund; Weichhölze mit 20 v. J. Fettgehalt: 427.12 (329.90) M, Umsatz 890 120 (905 539) Pfund; Allg. Rundhölze: 534.49 (449.51) M, Umsatz 159 070 (194 508) Pfund.

Märkte

Schlachthausmarkt Ulm, 28. Nov. Auftrieb: 11 Stück Großvieh, 52 Kälber, 18 Schweine. Erlös aus 1 Mr. Lebensgewicht: Jungkinder 21—22 000 M, 2. Sorte 17 000—19 500 M, Rube 2. Sorte 11—15 000, 3. Sorte 7000—9500, Kälber 1. Sorte 25—27 000 M, 2. Sorte 23—24 000 M, 3. Sorte 20—21 000 M, Schweine 1. Sorte 40—42 000 M, 2. Sorte 36—39 000 M, 3. Sorte 30—33 000 M. Markterlöse: schlappend.
Ludwigsburg, 29. Nov. Dem Schweinemarkt waren 8 Käufer und 136 Milchschweine zugeführt, wovon 4 Käufer und 72 Milchschweine verkauft wurden. Preis für einen Käufer 24 000—29 000 Mark, für ein Milchschwein 8000—14 000 Mark. Der Verkauf war trotz sinkenden Preisen schlappend.

Spargelder werden im Consumverein mit 4 1/2 % verzinst!

Stoff-Verkauf.

Die bestellten und noch nicht abgeholtten Kleider- und Baumwollstoffe, Handtücher und blaue Arbeitsanzüge können am

Freitag, den 1. Dezember, nachmittags von 2—6 Uhr im Rathausaal gegen Barzahlung abgeholt werden. Von dem wollenen Kleiderstoff ist noch etwas übrig und können hierauf neue Bestellungen gemacht werden.

Stadtschultheißenamt.

Kleinkinderschule.

Für die Weihnachtsbescherung in der Kleinkinderschule werden Gaben erbeten. Dieselben werden mit Dank entgegengenommen außer von den Kinderchwestern auch noch von Frau Stadtschultheißen Böhner, Frau Apotheker Stephan und Frau Stadtpfarrer Federlin.

Zugleich wird mitgeteilt, daß das Schulgeld pro Dezbr. 20 Mark beträgt.

J. A. des Vorstands: Dr. Federlin.

Geflügel- und Kaninchen-Züchter-Verein Wildbad e. V.

Bei Kassier Hartmann wird ein kleines Quantum an die Mitglieder abgegeben. Ausgabe ab 6 Uhr abends. Außerdem trifft in den nächsten Tagen ein kleines Körnerfutter nur diejenigen Mitglieder berücksichtigt werden, welche bei der letzten Sendung kein Futter erhalten haben.

Die zur Stallschau (Geflügel) bestimmte Kommission trifft sich am kommenden Sonntag morgen 1/9 Uhr bei Kassier Hartmann. — Die Stallschau für Kaninchen kommt erst am Sonntag, den 9. Dez., morgens 1/9 Uhr bei der „Alten Linde“ zusammen.

Linden-Lichtspiele

Samstag abend 1/9 Uhr.
Sonntag, den 3. Dezbr., nachmitt. 4 Uhr und abends halb 9 Uhr
Der italienische Brunkfilm!!!

Die Prinzessin von Kahira

Drama in 6 Akten.

Als Vorprogramm: Lustspiel in 1 Akt
„Das Ereignis in Krähwinkel“

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorstellungen pünktlich um 4 Uhr und halb 9 Uhr beginnen. Der Einlaß beginnt eine halbe Stunde vorher.

Deutsch-demok. Partei
Heute abend 8 Uhr
Ausflug-Sitzung
im Panoramahotel.
Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig.

Damenstiefel,
Größe 26/37 noch ganz neu,
hat abzugeben (weil zu klein).
Wer, sagt die Tagblatt-Geschäftsstelle

Derjenige, welcher
meinen Handkarren entlehnt
hat, wird ersucht, denselben auch wieder zurückzubringen.
B. Eisele.

Wir benötigen für unseren Betrieb
gutes Heu.
Angeboten sehen wir entgegen.
Consumverein.

Sauger, transp. Schnuller.

A. v. W. Schmitt, Med.-Drogerie.

Frauen! Ausschneiden!

Warten Sie nicht bis morgen, sondern schreiben Sie sofort, wie lange Sie tragen, beste Ihnen sofort mit meinem ärztlich begutachteten hygienischen Mittel. Garnitur Stärke 1 und extra starke Tropfen auch in den hartnäckigsten Fällen (organische Veränderungen ausgeschlossen). Erfolg oft in 1—3 Tagen ohne Verunsicherung. Garantiert unerschütterlich. Garantiert jedem Sendung beigefügt.

W. Gurski, Charlottenburg 2 213 1
Grolmanstraße 37.

Gummistempel
Stempelkissen
liefert stets rasch und billig
Buchdruckerei
Wildbader Tagblatt.

Diamant

keine Versandhausware



prima Qualitätsmarka sehr preiswert
Fahrräder

Niederlage in Wildbad: Carl Tubach jr.

Alleinverkauf für Wildbad und Umgebung.



Schuhhaus

W. Treiber

Ludwig-Seegerstr. 17.

Baachten Sie die Schaufenster mit den neuen Gesellschafts- und Strassen-Modellen.

